auswaertiges amt

1/ II/1 3
m. d. B. b. k.

2/ Zdt (Bitte)

verteiler ///
exemplar nr. 1-6:

ueber fs erledigt: london, euro bruessel

Auswärtiges Amt
Referat I A 2
Bundeskanzleramt
m. d. B. zur Kenntnisnahme / ~~Stellungnahme~~ /
~~weitere Veranlassung~~
Bonn, den 2.12. 19 70
i. A. Flegel

fernschreiben (verschl) 2/12.
aus: d u b l i n
nr. 161 vom 30. november 1970
aufgegeben: 1.12.1970 1000 uhr
eingegangen: 1.12.1970 1119 uhr

---

nachrichtlich eurogerma bruessel, diplogerma london
betr.: gespraeche mit irischer regierung ueber beitrittsfragen
roem 1.--

aus meinen gespraechen mit aussenminister hillery und dem staatssekretaer des hiesigen aussenministeriums mccann halte ich folgendes fest: beide gespraechspartner betonten den politischen willen der irischen regierung, der gemeinschaft beizutreten. dieser politische wille werde auch trotz einzelner gegenstimmen von der ueberwiegenden mehrheit der bevoelkerung getragen. das bei einem beitritt verfassungsrechtlich notwendige referendum werde positiv ausgehen (semi) die regierung habe allerdings vor, das referendum auf die verfassungsrechtliche frage zu beschraenken, ob der europaeische gerichtshof in gemeinschaftsangelegenheiten die letzte entscheidung treffen koenne. es gaebe zwar auch fuer irland einige besondere probleme, doch sollten diese probleme bei gutem willen aller beteiligten loesbar sein. die irische regierung sei sich bewusst, dass die besonderen probleme irlands im zusammenhang mit dem beitritt im prinzip durch uebergangsregelungen und nicht durch ausnahmeregelungen auf dauer geloest werden muessten. die zur zeit diskutierte 5-jaehrige uebergangsfrist fuer den landwirtschaftlichen und den gewerblichen sektor sei fuer irland akzeptabel, wenn auch irland einer kuerzeren uebergangszeit fuer den landwirtschaftlichen bereich den vorzug gegeben haette.

die frage, ob eine fuenfjaehrige uebergangszeit auch fuer die finanzregelung fuer irland annehmbar sei, beantwortete staatssekretaer maccann mit dem hinweis darauf, dass dies von den einzelheiten der beabsichtigten regelung abhaenge, die der irischen regierung noch nicht im detail bekannt seien.

beide gespraechspartner unterstrichen die bedeutung, die irland einer befriedigenden regelung der sich aus der gemeinsamen fischereipolitik ergebenden probleme beimesse. es handle sich hier zwar nicht um ein grosses wirtschaftliches, aber doch um ein

68003 E

© Bundesarchiv (Koblenz) inv.nr. B 136/7981
http://resources.huygens.knaw.nl/europeseintegratie/doc/000456
Kopie aus dem Bundesarchiv

wichtiges soziales und strukturelles problem fuer die in der fischwirtschaft beschaeftigten rund viertausend menschen, insbesondere an der westkueste irlands.

auf die frage, wie die irische regierung die britische haltung betreffende die jetzt auf grund des kommissionspapieres zur diskussion stehenden uebergangsregelungen beurteile, meinte staatssekretaer mccann, das die briten sich jedenfalls fuer den warenverkehr mit einer fuenfjaehrigen uebergangszeit wohl abfinden wuerden.

bei dem abschliessenden einigungsaustausch ueber die politischen konsultationen, wie sie auf der muenchner konferenz begonnen worden sind, unterstrich aussenminister hillery auch im hinblick auf das bevorstehende treffen der 10 aussenminister in bruessel am 2.12.70, dass irland die politische zielsetzung der gemeinschaft bejahe und ebenso bereit wie entschlossen sei, hierzu einen konstruktiven beitrag zu leisten. irland wolle in dem sich auch politisch zusammenschliessenden europa die ihm zukommende rolle spielen. staatssekretaer mccann fuegte hinzu, dass diese zusammenarbeit je nabi entwicklungsverlauf spaeter einmal auch den verteidigungsbereich umfassen koenne. die irische neutralitaetspolitik, die nicht mit der oesterreichs, schwedens und der schweiz zu vergleichen waere, schloesse dies nicht aus.

roem 2.--

einzelne problome der beitrittsverhandlungen wurden in gespraechen mit dem irischen verhandlungsleiter auf stellvertreterebene morrissey, seinen mitarbeitern, sowie vertretern der beteiligten innern ressorts eroertert. die irische seite hatte gelegenheit, ihre zuletzt in bruessel eingenommene haltung zu eraeutern. entscheidend neue gesichtspunkte haben sich nicht ergeben.=

b r a u n

overbeck ++

Kopie aus dem Bundesarchiv